

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Republik. 1918-1930
34 (1920)**

223 (23.9.1920)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-434510](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-434510)

34. Jahrgang

Die „Republik“ erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen. Abonnementpreis bei Vorauszahlung für einen Monat einchl. Schlagsatz 5,50 Mark, bei Nachnahme der Expedition 5,00 Mark, durch die Post bezogen vierteljährlich 14,10 Mark, monatlich 4,70 Mark auschl. Postgebühren.

Republik

Norddeutsches Volksblatt - Sozialdemokratisches Organ für Oldenburg und Ostfriesland

Hauptredaktion: Peterstraße 76, fernerprecher Nr. 58 Rüstingen, Donnerstag, 23. September 1920 * Nr. 223 Redaktion: Peterstraße 76, fernerprecher Nr. 1265

Praktische Gewerkschaftsarbeit der Eisenbahner.

Von Th. Koppke, M. D. R.

Der am Sonnabend in später Abendstunde beendete außerordentliche Verbandstag des Deutschen Eisenbahner-Verbandes verdient in mehr als einer Hinsicht allgemeine Beachtung. Innerhalb des Verbandes ringen seit der vor 15 Monaten in Jena stattgefundenen Generalversammlung zwei Strömungen um die Führung und piegeln dadurch die zerrissene politische Arbeiterbewegung wider. Im Hintergrund waren außerdem gescheiterte kommunistische Proteste auf der Arbeit, um die aus der wirtschaftlichen Not der Eisenbahner entspringenden Bewegungen ihren politischen Zweck nutzbar zu machen. Kaum war die erste Generalversammlung der jungen im Jahre 1916 gegründeten Organisation vorüber, da setzte eine von der Opposition mit großer Heftigkeit geführte Propaganda zur Einberufung eines außerordentlichen Verbandstages ein mit dem ausschließlichen Ziele, den Vorstand zu befeitigen.

Zu den Kämpfen innerhalb der Organisation gestellte sich der Kampf mit den gegnerischen Eisenbahnerverbänden auf der einen und mit der Eisenbahnverwaltung und Regierung auf der anderen Seite. Den Anlaß dazu gaben die langwierigen Verhandlungen über den preußischen Lohnsatz mit der damit in Zusammenhang stehenden Schließung der Werkstätten, der Wagneregelung der Funktionen und der Wiedereinführung der Akkordearbeit, ferner die Verschleppung der Betriebs- und Beamtenwahlen, sowie der seitens der Regierung zögernd und mangelhaft durchgeführten Wagneregelungsreform. Über alle Kämpfe und Schwereiten hielten das Wachstum des Verbandes nicht auf, so daß er nach Verhinderung mit dem Deutschen Verkehrsarbeiter-Verband zur größten Eisenbahnerorganisation der Welt wurde und heute rund 650 000 Mitglieder zählt. Kein Zweifel, daß es für bestimmte politische Parteien ein nicht zu unterschätzender Machtgewinn ist, wenn es ihnen gelingt, die im D. E. V. organisierten Eisenbahner für sich zu gewinnen.

Der Vorstand, der sich ursprünglich gegenüber dem Dingen der Opposition ablenkend verhielt, sah sich infolge der veränderten Verhältnisse aus Zweckmäßigkeitsgründen veranlaßt, schließlich doch eine außerordentliche Generalversammlung einzuberufen. Diese fand in der Woche vom 12. bis 18. September in Dresden statt und brachte die von der Opposition geforderte Auseinandersetzung mit dem Vorstand. Die Einleitung begann mit der Annahme von Anträgen der Opposition auf Erweiterung der Beratungsgegenstände und der der Stellung von Korreferenten. Besondere ist nun, daß die Dresdener Unabhängige Volksbewegung vom 13. September ihren ersten Bericht über den Verbandstag in großen Zügen die Lieberkeiff voraussetzte. Oppositionelle Minderheit auf der Eisenbahnerkongress. Über schon der nächste Tag brachte für eine große Enttäuschung, denn der sechs Stunden im Anspruch nehmende vom Vorstehenden Scheffel erstattete Geschäftsbericht fand überallhinverweirte scharfsten nicht endemotwendigen Befall der gesamten Generalversammlung. Der Grund dafür ist wohl in der überlegenen Sachlichkeit zu suchen, mit der der Vorstandsvorträge über eine stigmatisierte Bewegung oder ein Ereignis reiche Fähigkeit berichtete. Demgegenüber hatten die Korreferenten einen schweren Stand, und man muß schon es so, als handelte es sich bei den Korreferenten um Ergänzungen zum Vorstandsbereich. Diesen Eindruck dürfte auch die Opposition gehabt haben, denn sie verzichtete darauf, den von ihr zum Pressericht gestellten Korreferenten sprechen zu lassen.

Nachdem sich in den ersten Verhandlungstagen noch lebensschafflichen Auseinandersetzungen die Straße der beiden Richtungen gemessen hatten, trat immer mehr und mehr der entschlossene Wille in den Vordergrund, unter Jurisdiktion aller politischen Einflüsse streng gewerkschaftliche Arbeiten zu verrichten. Sehr deutlich zeigte sich das bei der Befähigung des wegen andauernder Störung der gewerkschaftlichen Arbeit vom Vorstande ausgeschlossenen kommunistischen Gelsche. Mit großer Heftigkeit machte sich die Generalversammlung den Vorstandsbereich, dem sich keineswegs die Reflexions- und Bekämpfungsmission angeschlossen hatte, zu eigen. Die beiden letzten Verhandlungstage fanden völlig im Zeichen politischer Auseinandersetzung mit dem Deutschen Verkehrsarbeiter-Verband unter dem Namen Deutschen Verkehrsarbeiter-Verband der privaten und staatlichen Betriebsbetriebe einschließlich der Post zu organisieren. Der Bund, der seine Tätigkeit in kürzester Zeit aufnehmen soll, wird rund 1 1/2 Millionen Mitglieder zählen, zu denen durch in Aussicht stehende Zusammenschlüsse weitere Hunderttausende kommen werden. Mit der Schaffung des Deutschen Verkehrsarbeiter-Verbandes als freigezwecklicher Grundlage hat sich das Verkehrsarbeiter-Verbandes geschaffen, der bei den künftigen Kämpfen um bessere Einkommens- und Dienstverhältnisse eine ausschlaggebende Bedeutung erlangen dürfte.

Erfreulich wie der bestehende Verband war auch das Ergebnis der Vorstandswahlen. Beide Richtungen hätten

Kombinationen.

Reichspräsident Ebert ist Dienstag früh von seinem Erlaubnisurlaub nach Berlin zurückgekehrt und hat die Amtsgeschäfte wieder aufgenommen. Am heutigen Mittage findet in Anwesenheit des Reichspräsidenten eine Sitzung des Reichskabinetts statt, um zu den schwersten Fragen Stellung zu nehmen.

Die Wahl des Reichspräsidenten soll, wie eine Berliner Korrespondenz mittelt, im Dezember d. J. stattfinden, nachdem dem Reichstag im Oktober eine betreffende Vorlage zugehen wird. Präsident Ebert will die Reuewahl nach 4 diesem Jahre vorsehen lassen. Wie man von anderer Seite mittelt, wird Ebert auf eine Wiederwahl verzichten. Er soll der Meinung sein, daß ein sozialistischer Präsident bei einer rein bürgerlichen Regierung verfallt aufzuschließen erfordert.

Wie gehen die letztere Meinung nur zur Information nieder. Zweitens stellt sie nur einen dummen Fehler einiger bürgerlicher Interessengruppen dar. — Nach einer Berliner Meldung, deren Richtigkeit aber von anderer Seite bestritten wird, soll der Reichsanwalt Dr. Heine auf dem Kabinett ausfallen und Posthalter in Buzarek werden. Das stimmt, muß abgewartet werden.

Ständige Verlegenheiten.

Was Paris wie gemeldet: Dem deutschen Posthalter wurden zwei weitere Notizen der Strikationskommission überreicht, die sich mit neuen Forderungen der vertragswidrigen Haltung von Gütern gegen die deutsche Eisenbahner besetzen und in allen Fällen die Schadenersatzfrage aufstellen.

Oberschlesische Besatzungsfragen.

Die Bester Nachrichten erfahren aus wohnunterrichteter Quelle, daß England und Italien einen Schritt bei der französischen Regierung unternehmen haben, wobei sie die partielle Verteilung der Besatzungsgruppen in Oberschlesien unter England, Italien und Frankreich verlangen. Dem Vernehmen nach dürfte die französische Regierung diesem Wunsch nachgeben.

Preussische Fragen.

Aus Berlin wird berichtet: Gestern vormittag trat die sozialdemokratische Fraktion der preussischen Landesversammlung zusammen, um die augenblicklich schwebenden Differenzen zwischen der Sozialdemokratie und den beiden anderen Reichsparteien in der Verfassungsfrage zu beheben. Wie bekannt, ist die Sozialdemokratie gegen die Einrichung eines Staatsrates, der u. a. in Finanzfragen ein Vetorecht haben soll. Ferner ist sie nicht einverstanden mit den weitgehenden Autonomieerträgen, die vor allem das Zentrum den Provinzen einzuräumen will. Man kam überein, die preussische Landesversammlung neben der Befassung mit der Wahlverfassung auch den Etat zu beraten. Man hält es unter diesen Umständen für unabweisbar, daß die Wahlen vor dem Frühjahr nächsten Jahres stattfinden.

Judengegner in Aktion.

Gestern abend wurde in Nürnberg eine Versammlung der Deutsch-Nationalistischen Partei, in welcher Reichstagsabgeordneter a. D. Göttsche über den Freischaub sprechen sollte, von Anhängern der deutsch-jüdischen Schar und Truppbunden gestört. Der Akt geschah auf Rade bei die am Tage vorher in Nürnberg abgehaltene Hauptversammlung des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus, dessen erster Vorsitzender Göttsche ist.

sich auf einen gemeinsamen Wahlvorschlagn geeinigt, der mit Ausnahme des Vorsitzenden Brunner die Namen sämtlicher bisherigen beiderlei Vorstandsmitglieder enthielt. Unter diesen Umständen konnten die sich wieder zur Wahl stellenden wie auch die neu hinzukommenden Vorstandsmitglieder die abgegebenen Stimmen fast reiflos auf sich vereinen. Der aus dem Vorstand ausgeschiedene Vorsitzende Brunner, der in jahrelanger Bionierarbeit für die Eisenbahnerorganisation gewirkt hat, stellt nunmehr seine Kraft dem Verkehrsamt zur Verfügung.

Zur aufbauenden Arbeit zählt wieder der Beschluß, besondere Sektionen für Arbeiter-Beamte und Jugendliche im Verband zu bilden. Hieraus sind besondere Richtlinien abzuschließen worden, die den neuen und den veränderten Verhältnissen angepaßten Satzungen befehligt werden. Schließlich ist noch hervorgehoben auf eine Reihe wichtiger Anträge, die sich an die Regierung und Eisenbahnverwaltung wenden und die entgeltliche Bestimmung des Besoldungsgehaltes nach großhiesigen Gesichtspunkten fordern. Im Zusammenhang damit steht das entlohne Eintreten für die Beamten- und Arbeitervereine, sowie ihrer Witwen und Waisen.

Ein Hinweis auf die Verhandlungen zeigt, daß eine Tagung beendet wurde, die bei den Eisenbahner die Begeisterung auslösen wird: Dresden ist der Ausgangspunkt neuer Erfolge geworden.

Die „Abwicklung“ der Abwicklungsstellen.

Zur Aufklärung der alten Dorensformationen sind bekanntlich die sogenannten Abwicklungsstellen eingerichtet worden, über deren zum größten Teil überflüssiges Bestehen schon oft Klage geführt worden ist. Nach sorgfältiger Prüfung soll diese Stellen, in

Von der Einigkeit des Proletariats.

Ueber die gestern schon erwähnten Berliner Arbeitlosen- und Kommunisten-Demonstrationen, die gestern stattfinden, wird und heute gemeldet: Die von den Kommunisten abgeleiteten Demonstrationen verliefen ohne Zwischenfälle. Etwa 10 000 Personen hatten sich um 11 Uhr im Lustgarten versammelt. Scharfe Kritik wurde an den Reichssozialisten und Unabhängigen geübt, die gegen die Demonstration gewiesen seien. Die Betriebszentrale wurde aufgefordert, in den nächsten Tagen alle Arbeitnehmer zu einer gemeinsamen Demonstration mit den Arbeitlosen zu vereinigen. Die Teilnehmer bildeten nach Ende der Demonstration einen Zug, der vor dem Rebellensgebäude der Freiheit Schmäher auf die Unabhängigen ausbrachte und dann zum Gebäude des Formarski zog, um dort gleichfalls die üblichen „Reber“-Aufe anzustellen.

Kommunistenprozess in Moskau.

Aus Berlin meldet Wolff: Unter außergewöhnlich hartem Aufgebot von Mannschaften der Sicherheitspolizei begann vor dem außerordentlichen Gericht des Reichswehrgruppenkommandos, das I der Prager gegen die an den 20. 11. 1919, bei denen ein Volkswohlfahrter erschossen wurde, Beteiligten. Die Klage richtet sich gegen 24 Personen. Im Verlauf der Verhandlungen entfiel im Laufe eine immer mehr ansehnliche Menge. Die Ursache der Ursache war die Meinung, daß von kommunistischer Seite in Weizen und im Norden Berlins Plakate folgenden Inhalts angeheftet wurden: Auf nach Moskau! Befreit die Brüder aus dem Kerker! Demantirungs- sätze mit roten Fahnen, unter denen sich solche mit weißer Aufschrift befanden, gegen nach Moskau. Die Sicherheitspolizei sperrte jedoch die Straßen ab und führte den Platz vor dem Gerichtsgebäude. Inzwischen erhob der Verteidiger Einwendungen gegen die Oeffentlichkeit der Gerichte. Der Anklagevertreter widersprach dem und stellte den Antrag auf Ausschluß der Oeffentlichkeit. Nach längerer Beratung erklärte der Gericht sich für zustimmend. Darauf stellte der Verteidiger gegen den Vorstehenden und drei Zeiger einen Wählungsantrag. Da ein anders zusammengesetztes Gericht über die Wählungsanträge befinden muß, wurde die Weiterverhandlung auf Mittwoch vertagt.

Polen und Rußland.

Nach einer Meldung aus Moskau sollen gestern in Riga die Verhandlungen zwischen den polnischen und russischen Delegierten beginnen. — Von der polnischen Front wird berichtet, daß die russischen Operationen bisher gescheitert sind.

In einer Unterredung mit Pressevertretern betonte Joffe den ersten und ausschlaggebenden Faktor. Rußland Lage sei ernst, da ein großer Teil der Bevölkerung wegen Mangel an Transportmitteln bittere Not leide. Auf den Erfolg des polnischen Außenministeriums Sätze eingehend, der eine weitgehende Entlassung beider Kriegsverbrecher besodet, betonte Joffe, daß diese Übung für Rußland unannehmbar sei, da Rußland noch mit England und Frankreich auf feindlichem Fuße stehe. Diskutierbar wäre nur eine gemeinsame Verminderung der Stärke beider Armeen, die die Möglichkeit einer Offenständigkeit für beide Parteien in Zukunft ausschließen würde.

denen ehenartige Offiziere ein Unterkommen gefunden haben, unheimlich herunter, indem sie längst nicht mehr militärischenpflichtige Personen mit Fragebogen, Vorlesungen usw. beschäftigen, aus denen meist nur das eine hervorgeht, daß die betreffenden Abwicklungsstellen noch vollständig von den Verstellungen des alten militärischen Systems befreit sind. Von zentraler Stelle wird nun mitgeteilt, daß seit dem 1. Oktober 1919 bis jetzt die Zahl der Abwicklungsstellen von 2206 auf 56 reduziert worden ist. Es werden aber immer noch 12 000 Personen darin beschäftigt. (Anfangs waren es 110 000, also allem schon eine kleine Armee.) An Ausgaben wurden verordnet für das halbjährige Oktober 1919 bis März 1920 604 Millionen Mark; für das volle Jahr April 1920 bis April 1921 sind veranschlagt immer noch 600 Millionen Mark. Zur Veranschlagung heißt es nun weiter:

Die vielfache Abwicklung wird bis 31. März 1921 erledigt. Eine frühere Erledigung ist leider nicht möglich wegen der Gehaltsforderungen der Kriegsteilnehmer, zur Beibehaltung der erforderlichen Unterlagen für die Revisionsprüfung aller Act der Kriegsbefehlshaber und deren Dienstleistungen, zur Erledigung von Anträgen der Verbandstendenzen auf Grund des Arbeitsvertrages, zur Erledigung der gegen das Reich erhobener Forderungen aus Kriegseinsparungen sowie zur Durchführung der deutschen Kriegseinsparungen und zur Veranlagung und zum Abschluß der russischen Kriegseinsparungen (jeweils noch rund 212 000 Räfte).

Wie finden diesen Apparat außerordentlich kostspielig und meinen, daß die dort geleistete Arbeit sehr wohl auch im Hinblick auf die durchgeführten werden könnte — somit ist die praktische Wertigkeit ist. In den militärischen Abwicklungsstellen wird aber ungenügend viel unruhige Arbeit geleistet, mit der besten Art Beschäftigung gemacht werden sollte.

Bürgermeister-Kollegium.

Wilhelmshaven, den 22. Sept. 1920.

Die Finanzlage der Stadt Wilhelmshaven ist durchaus keine rosig und die Sorge, wie für die Abgänger die Deckung gesichert werden soll, ist bei den Mitgliedern des Bürgermeisterrats nicht gleich groß. Der Steuerkommissioner würde müssen alle...

Verbindung zu bestehen gelassen hätten. — Das Bürgermeisterratskollegium stimmt der Vorschlagsüberlegung zu. Gegen die Neue Steuererhebung vom Mindesteinkommen. Gegen die...

Rüstringen-Wilhelmshaven.

Rüstringen, 22. September.

Herabsetzung des Viehschuldenzinsfußes. In Abänderung der Ministerialbestimmung vom 27. August 1919, betreffend Aus-

Verleumdung der Fuhrwerke, Fuhrer und Treppen. Nachdem die Schlichter wegen Verleumdung der Fuhrwerke und Fuhrer auf öffentlichen Wegen und Straßen sich erheblich...

betrachtet, so wird er heute eben in besonderem die Gefährdung der alten Rüstringer...

Ein Schwinder. Ein Mann beschloß sich hier augenblicklich damit, die Leute, die durch ein Infarkt ein hohes Alter...

Wilhelmshaven, 22. September.

Reaktion in der Verwaltung. Vom Oberbürgermeister der SPD. für Beamte und Angestellte wird veröffentlicht: Die...

Von jenseit des Meeres.

Von Theodor Storm.

Ich legte das Buch fort und nahm das andere Buch. Ich erschau' dich. Du bist so schön! Du bist so schön! Du bist so schön! Du bist so schön!

Das spricht du da, Jenni? Sie antwortete nicht; oder höchstens wie nehmend hergingen, sah ich, wie ihre schlanken Hände sich in die roten Lippen...

Auf's schmalen, über den Boden dahin. — Oder wenn sie sich bückte und den Boden ausgrub, oder wenn er, von der kräftigen Hand...

